Landwirthe, den Abg. Lope-Dresden als einen Unterschlupf für conservative und nationalliberale Wahlzwecke bezeichnete. In demselben Sinne sprachen sich die Abgg. Werner und Zimmermann, sowie die Delegirten Kurzhals-Gotha, Glese-Berlin, Schulz-Magdeburg, Göbel-Heidelberg, Wolf-Breslau und Gockſch-Breslau aus.

Es gelangt dann folgende, vom Abg. Zimmermann eingebrachte Resolution zur Annahme: „Gegenüber den sich mehrenden Bestrebungen der Reaction auf Beschränkung der bestehenden Volksrechte hält es der Parteitag für seine Pflicht, den Grundsätzen der deutsch-socialen Reformpartei gemäß Folgendes zu erklären: 1) das allgemeine, gleiche, geheime und directe Reichstagswahlrecht ist gegen seine öffentlichen und geheimen Feinde aufs Nachdrücklichste zu vertreten; 2) den Vereinen soll das Recht gegeben werden, mit einander in Verbindung zu treten und es sind entgegengesetzte Bestimmungen in den Vereinsgesetzen der einzelnen Bundesstaaten gemäß dem Versprechen des Reichskanzlers aufzuheben, ohne daß dafür irgend welche Gegenleistungen in Gestalt anderweitiger Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts gefordert oder gewährleistet werden dürfen."

Weiter wurde folgender, von der Parteileitung am 4. April d. J. gefaßte Beschluß, die Cartellvorschläge betreffend, einstimmig bestätigt: „Die allgemeine politische Lage macht es der deutsch-socialen Reformpartei zur Pflicht, in allen Wahlkreisen, in denen sie genügend organisirt ist, mit eigenen Candidaten vorzugehen. Irgend welche Cartellvorschläge, unter welchem Namen sie auch immer auftreten mögen, sind für die Partei unannehmbar. Der Parteitag verkennt nicht, daß in einzelnen Wahlkreisen besondere Verhältnisse das Zusammengehen mit anderen Parteien geboten erscheinen lassen können. Darüber haben aber die Gesinnungsgenossen von Fall zu Fall nach Maßgabe des Organisationsplanes selbstständig zu entscheiden. Es bedarf dafür keines allgemeinen Cartells."

Hierauf schritt der Parteitag zu der Berathung der zum Punct „Die bevorstehenden Wahlen" eingegangenen Anträge. Die Parteigenossen des Wahlkreises Stadt Magdeburg beantragen u. A.: „Da voraussichtlich in dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf seitens der Regierung oder einer Partei die Flottenfrage zur Parole ausgegeben wird, wird die Parteileitung ersucht, zeitig genug hierzu Stellung zu nehmen und als maßgebende Gesichtspuncte festzuhalten, daß unsererseits eine Bewilligung erheblicher Verstärkungen der Flotte nur nach folgenden Gesichtspuncten zu gewähren ist: a. Nachweis der unbedingten Nothwendigkeit; b. unzweideutige Bezeichnung der Quellen, aus denen die Mittel genommen werden sollen; c. sofern neue Steuern nöthig werden: Beschaffung dieser Mittel aus solchen Steuern, die den Mittelstand und die wirthschaftlich schwachen Bevölkerungskreise nicht aufs Neue belasten."

Der Antrag wurde dem Parteivorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Ein Versuch, die berührte Flottenfrage zur Erörterung zu bringen, fand nicht die genügende Unterstützung. Ferner liegen zu diesem Puncte folgende charakteristische Anträge der Gesinnungsgenossen des Wahlkreises III Berlin und des Wahlausschusses der deutsch-socialen Reformpartei für den Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau vor: „1) Die von der deutsch-socialen Reformpartei aufgestellten Candidaten verpflichten sich auf Ehrenwort, der Fraction dieser Partei beizutreten, und, im Falle des Austritts aus derselben, ihr Mandat in die Hände ihrer Wähler zurückzulegen." 2) „Jeder Candidat der deutsch-socialen Reformpartei soll sich bei seiner Aufstellung auf Ehrenwort verpflichten, der Fraction dieser Partei als Mitglied beizutreten und ihr während der gesammten Legislaturperiode treu zu bleiben, oder aber im Falle des Austritts aus der Fraction sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen." Nach kurzer Debatte, in der der Fall Förster wiederholt gestreift wurde, lehnte der Parteitag beide Anträge ab.

In der Nachmittagssitzung führte der Parteitag die Debatte über die Arbeiterfrage zu Ende. Es gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme: „I. Da das Programm der deutsch-socialen Reformpartei bezüglich der Arbeiterfrage im Allgemeinen den berechtigten Wünschen der Arbeiter, sowie dem heutigen Stande der wirthschaftlichen Erkenntniß entspricht, nimmt der Parteitag Abstand von einer Programmänderung, bezeichnet jedoch als bei der Auslegung der Programmgrundsätze weiter zu beachtende Richtpuncte folgende: 1) Reform unserer wirthschaftlichen Verhältnisse im Geiste nationaler Wirthschaftspolitik; 2) Zwangsorganisation der Fabrikindustrie mit gesetzlich geschützter Durchführung der Coalition der Arbeiter; 3) in der Hausindustrie sind geeignete Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter und ihrer Hausgenossen zu schaffen; 4) die Verarbeitung giftiger Stoffe ist zu verbieten, sofern für sie Ersatzmittel vorhanden sind; 5) Arbeitgeber und ihre Stellvertreter sind ähnlichen Bestimmungen, wie sie im § 174 Str.-G.-B. vorgesehen sind, zu unterstellen. II. Den Parteiorganen und Parteimitgliedern wird empfohlen, zu berathen, ob die Coalitionspflicht auf alle Arbeiter auszudehnen sei, und ferner, ob eine Einschränkung der Freizügigkeit in dem Sinne, daß zwar das Abzugsrecht erhalten, das Zuzugsrecht geändert wird, möglich und möglich erscheint.

Mit der Annahme dieser Resolution erledigten sich die zu dem Thema vorliegenden Anträge. Desgleichen wurde die Raab'sche Resolution zurückgezogen.

Es folgte als letzter Punct die Erledigung der sonst noch zum Parteitage eingegangenen Anträge. Der Parteitag beschloß eine Sympathie-Kundgebung für die Deutsch-Oesterreicher und sprach sich gegen die polnische Propaganda in der deutschen Ostmark aus.

Eine Aenderung des Parteiprogramms führte der nächste Antrag herbei, der von dem badensischen Verein gestellt war und die Errichtung von Lehrstühlen für Naturheilmethode an den Hochschulen betraf. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, es wurde aber der § 6 gestrichen, der die staatliche Anerkennung der Naturheilmethode verlangt, und an dessen Stelle ausgesprochen, daß die Partei die Ansicht vertrete, daß auch die Aerzte der Naturheilmethode ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden und daß man die Entwickelung dieser Dinge abwarten müsse. Es lagen dann noch verschiedene Anträge vor, die sämmtlich die Abänderung des Namens der Partei betreffen, jedoch als anthemisch zurückgestellt wurden, da man zu kurz vor den Wahlen stehe. (!) Weitere Anträge wurden dem Parteivorstande zur Erledigung überwiesen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Raab-Hamburg brachte dann ein Hoch auf die Parteiführer aus, worauf Liebermann von Sonnenberg den Parteitag schloß.

Deutsches Reich.

‡‡ **Berlin**, 12. October. Je mehr man sich bei uns mit Plänen für die Stärkung unserer Seemacht befaßt, um so gehässiger schreiben englische Marinefachblätter dagegen, indem sie deutlich zu verstehen geben, daß wir unserer Vergangenheit nach eigentlich wenig Berechtigung hätten, auch zur See beachtenswerth zu sein. Diese Vergangenheit berechtige uns auch nicht zum Wunsch, selbst zu colonisiren, nachdem wir Jahrhunderte lang mit unserer überschüssigen Volkskraft nur andere Staaten gekräftigt hätten. England befürchtet eben, daß wir ihm als Mitbewerber um die Erdengüter unbequem werden könnten. Ein Beispiel für diese englische Stimmung ist auch der vom Vorstand des Executivcomités der Flottenliga, Mr. Trower, an den Herausgeber der „Army and Navy Gazette" gerichtete offene Brief vom 29. September. Da Frankreich jetzt im Gegensatze zu Deutschland gehätschelt wird, so betonte Mr. Trower zunächst, daß die bevorstehende Trafalgar-Feier und die Schmückung der Nelsonsäule keine Unfreundlichkeit gegen Frankreich in sich schließe. Trafalgar wäre eigentlich nur der Sieg über den Ehrgeiz und die Tyrannei des keiner Nation angehörenden Napoleon, welcher doch keinen Tropfen französischen Blutes in sich gehabt, aber das Blut von Millionen von Franzosen und anderen Völkern seiner Willkür auf den Schlachtfeldern geopfert hätte. Trafalgar sei der Sieg der Freiheit und Gesetzlichkeit über die Willkür und den tyrannischen Ehrgeiz eines principienlosen Genies. Der Briefschreiber fährt dann fort:

„Durch Trafalgar wurde Waterloo gewonnen; es gab England 80 Jahre Vorsprung im Wettlauf um coloniale Ausdehnung. Es befähigte die Männer und Frauen unserer Rasse und Sprache, Stationen in allen gemäßigten noch unbesetzten Zonen der Welt zu gründen. Trafalgar verdankt England, daß seine Flagge jetzt auf allen Meeren weht; unter dieser Flagge wurden Sklaven befreit und Handelswege eröffnet, unter ihr ist Ordnung mit Freiheit verbunden, was uns noch keine rivalisirende Nation hat nachmachen können. Colonisiren ist das Monopol Englands. Nachkommen derselben Preußen, welche in den Revolutionskriegen zufrieden waren, als Söldner von England gemietet zu werden, strengen sich jetzt aufs Aeußerste an, ein Colonialreich zu erlangen. Ritterliche Franzosen, abgeneigt, den Traum Ludwig's des XIV. von einem großen Kaiserreich aufzugeben, spannen ihre nationalen Kräfte an, um ein Groß-Frankreich in Tunis, Siam, Tonkin, Madagaskar, Dahomey und Algier zu begründen. Rußland mit seiner sich schnell entwickelnden Bevölkerung thut sich als Macht am stillen Ocean auf und beraubt darauf, seine Seemacht im Mittelmeere zu entfalten. Die Vereinigten Staaten bauen eine große Kriegsflotte und strecken ihre Hände nach Colonialerwerb aus. Alle diese Anstrengungen der concurrirenden Nationen können aber England nur dann schädigen, wenn die Engländer die ihnen durch Nelson's Leben und ruhmvollen Tod ertheilten Lehren vergessen. Was sind diese Lehren? Wir müssen stets zum Kriege vorbereitet sein. Tüchtigkeit zur See kann nicht improvisirt werden, weder Officiere noch Mannschaften kann man in einem Monat oder Jahre erziehen. Unumgänglich für Englands Selbstvertheidigung ist das Vorbereitetsein und die Fähigkeit, den Feind in überlegener Stärke an jeder Stelle und zu jeder Zeit schlagen zu können. Vor fünf Jahren waren diese Vorbedingungen noch nicht erfüllt. Daß es jetzt besser damit steht, ist in hohem Grade der Erweckung des öffentlichen Interesses an den Bedingungen für Englands Seeherrschaft zu verdanken. Leicht lernt die Menge nicht, derartige abstracte Werthe und Bedingungen zu würdigen, wenn dieselben nicht mit bestimmten Männern und Begebenheiten verknüpft sind. Nelson und Trafalgar verständlichen unsere Seemacht und ihren Werth für allen britischen Besitz. Darauf gestützt, führt die Flottenliga fort, ihre Landsleute in der ganzen Welt stets auf die Vortheile und die Erhaltungsbedingungen der Seeherrschaft hinzuweisen, auf der die Wohlfahrt des ganzen Reiches begründet ist. Das ist der Grund, weshalb wir Trafalgar feiern!"

Wir müssen anerkennen, daß die in diesem Briefe dargelegten Zwecke der Flottenliga patriotisch sind und daß der Wunsch, Frankreichs Empfindlichkeit zu schonen, uns aber zugleich etwas Bitteres zu sagen, gleichfalls der Ausfluß von englischem Patriotismus sind. Aber gerade diese englisch-patriotischen Böswilligkeiten und die Bemühungen der englischen Fachblätter, die deutschen Gegner einer Flottenverstärkung im Rechte erscheinen zu lassen, müssen uns lehren, daß die deutsche Reichsregierung mit ihrem Wunsche nach Stärkung der Seemacht auf dem rechten Wege ist. Die Annahme, daß England uneigennützig uns vor nachtheiligen Schritten warnen möchte, entspräche nicht den auf dem Continent mit England bisher gemachten Erfahrungen.

C. H. **Berlin**, 12. October. Ein allerletzter Versuch soll gemacht werden, um die socialdemokratische Arbeiterbildungsschule über Wasser zu halten. Als Liebknecht, der 1890/91 bei den Arbeitern noch viel galt, die Gründung dieser Schule eifrig betrieb, strömten von allen Seiten die Schüler herbei; in 6 Schulen wurde die socialdemokratische „Wissenschaft" angeblich 6000 Schülern eingetrichtert. Aber der Rückschlag ließ nicht lange auf sich warten. In den städtischen Fortbildungsschulen lernten die Schüler etwas Tüchtiges, in der socialdemokratischen Arbeiterbildungsschule wurden sie mit hohlen Phrasen à la Stadthagen gefüttert und schließlich sahen die strebsamen Arbeiter doch ein, daß sie keinen besseren Tausch machen könnten, als die Arbeiterbildungsschule wieder zu verlassen und dafür die städtischen Fortbildungsschulen aufzusuchen. Anfangs 1893 hatte die Arbeiterbildungsschule nur noch 600 Schüler, die in zwei Schulen unterrichtet wurden. Darauf wurde die Zahl der Unterrichts-Gegenstände eingeschränkt, aber nichts damit erreicht, als daß die Schülerzahl noch mehr herabging und die Schulen mit wachsenden finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. In diesem Sommer wurde überhaupt nicht unterrichtet. Jetzt hat man das letzte Häuflein zusammengetrommelt, für das eine Schule genügt, in der nur noch Nationalökonomie (Dr. Conrad Schmidt), Gesetzeskunde (Rechtsanwalt Wolfgang Heine) und Geschichte (Dr. Georg Zeppler) gelehrt werden soll. Trügen nicht alle Anzeichen, so mißlingt auch dieser letzte Versuch und wird in diesem Winter der Beweis erbracht, daß die Berliner Arbeiter, so socialdemokratisch sie auch bei den Wahlen sich zeigen, doch der socialdemokratischen „Wissenschaft" nicht den geringsten Geschmack abgewinnen können.

* **Berlin**, 12. October. Für die Schwierigkeiten, welche die polnische Agitation bereits der katholischen Hierarchie, so weit diese sich den Polonisirungs-Bestrebungen nicht dienstbar machen will, bereitet, ist der folgende Artikel der „Germania" bezeichnend:

„Das Gebahren einiger polnischer Blätter wider den Cardinal-Fürstbischof von Breslau kann nicht genug verurtheilt werden. Genannte Blätter stellen die schon in früheren Jahren einmal aufgetauchte Forderung auf, daß der österreichische Theil der Breslauer Diöcese mit dem Krakauer Bisthum vereinigt werde, wozu ihnen angeblich Grund sei, daß der Breslauer Oberhirt der polnischen Geistlichkeit in Preußisch-Schlesien verboten habe, politischen Vereinen anzugehören. Demgegenüber war die Erinnerung der in Troppau erscheinenden „Silesia" am Platze, daß sich im Jahre 1892 der in Betracht kommende Theil der schlesischen Geistlichkeit in einer Petition an den Fürstbischof Kopp entschieden gegen den Anschluß an das Krakauer Bisthum erklärt hat. Dieser Erinnerung sind aber noch einige Bemerkungen zu dem Beweggrunde hinzuzufügen, der die betreffenden polnischen Blätter in ihrem Vorgehen leitet. Dieser entbehrt durchaus der thatsächlichen Unterlage. Es ist nämlich, wie wir ganz zuverlässig wissen, an den preußisch-schlesischen Klerus kein Verbot der Theilnahme an politischen Vereinen erlassen, im Gegentheil ist demselben erst im Vorjahre noch die Förderung des Bauernvereins, des Volksvereins u. s. w. empfohlen worden. Auch die Angelegenheit der Arbeitsvereine im oberschlesischen Industriegebiete kann nicht mit einem solchen Verbote in Zusammenhang gebracht werden. Denn diese Vereine sind rein kirchlicher Natur, und die Anweisung zu ihrer Umwandlung in Marianische Congregationen an ihre geistlichen Leiter mußte eben erfolgen, weil sie mehr und mehr weltlichen Bestrebungen zuneigten und dadurch den geistlichen Leitern Verlegenheiten bereiteten. Für den österreichischen Antheil der Diöcese Breslau hat diese Anweisung übrigens überhaupt keine Geltung, da hier kein Grund dazu gegeben ist."

Die Sache ist doch ganz einfach: der polonisirende niedere Klerus will einen gesinnungsverwandten polnischen Bischof haben. In Posen hat das preußische Staatsministerium ihm einen solchen bewilligt; da man aber nicht hoffen kann, in naher Zukunft auch in Breslau einen Polen als Bischof zu erblicken, so wollen die zu diesem Bisthum gehörenden österreichischen Polen mit Krakau vereinigt werden. Vielleicht verlangen die polnischen Agitatoren im preußischen Oberschlesien demnächst die Vereinigung mit der Diöcese des Herrn von Stablewski. Oder warum nicht ebenfalls mit Krakau? Daß die Diöcesangrenzen sich nicht mit den Landesgrenzen zu decken brauchen, ist ja römischer Grundsatz. (Nat.-Ztg.)

⊙ **Berlin**, 12. October. (Telegramm.) Der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge sind nun doch eine Anzahl von **Oberpostdirectoren**, etwa zwölf an der Zahl, zu einer Ende dieser Woche im Reichspostamte stattfindenden Conferenz abgeordnet, die über Reformen im Posttarifwesen berathen sollen.

— Der Kaiser hat anläßlich der Jubelfeier dem Diakonissenhaus Bethanien 20 000 ℳ überweisen lassen.

— Oberpräsident Dr. von Bennigsen hat nach dem „Hann. Cour." an den Magistrat von Hannover auf die Mittheilung, daß die Waschrandstraße den Namen „Rudolf v. Bennigsen-Straße" führen wird, das nachstehende Schreiben gerichtet:

Dem verehrten Magistrate der königlichen Haupt- und Residenzstadt fühle ich mich zu lebhaftem Danke verpflichtet, daß nach dem mir mitgetheilten Beschlusse die Waschrandstraße meinen Namen führen soll. Diese Auszeichnung ist mir um so erfreulicher, als dadurch mein Name dauernd verknüpft bleiben wird mit dem großen Gemeinwesen, dessen Aufblühen unter der umsichtigen und thatkräftigen Verwaltung der städtischen Collegien ich mit freudiger Antheilnahme verfolgt habe. Hochachtungsvoll und ergebenst gez. R. v. Bennigsen.

— Der Reichskanzler macht bekannt: Die kaiserlich deutsche und die kaiserlich russische Regierung haben im gegenseitigen Einvernehmen festgestellt, daß Deutsche in Rußland und Russen in Deutschland in den von ihnen als Haupt- oder Nebenklägern anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten nur unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange verpflichtet sind, Sicherheit zu leisten, Kostenvorschuß zu zahlen oder Gebühren zu entrichten, wie die Angehörigen des Landes, wo der Rechtsstreit betrieben wird.

— Der bisherige ständige Hülfsarbeiter im Auswärtigen Amt Legationsrath v. Harthausen ist zum Wirklichen Legationsrath und vortragenden Rath im Auswärtigen Amt ernannt worden.

A. **Graudenz**, 12. October. Für die Familien der im Grütter-Processe verurtheilten polnischen Arbeiter haben die westpreußischen Polenblätter vor Kurzem Geldsammlungen eingeleitet. Die in Graudenz erscheinende „Gazeta Grudziandzka" hat bis jetzt über 130 ℳ, die in Danzig erscheinende „Gazeta Gdanska" über 60 ℳ u. s. w. gesammelt. Eingegangen sind meist kleinere Beträge von 50 ₰, 1 ℳ und 2 ℳ. Nur mehrere Geistliche haben 5, 10 und 15 ℳ gezeichnet.

W. **Blankenburg** im Schwarzathal, 12. October. (Privattelegramm.) Unter der Theilnahme des Fürsten und der Fürstin von Rudolstadt fand die feierliche Enthüllung des Landesdenkmals für den verstorbenen Fürsten Georg statt. Staatsminister v. Stark hielt die Festrede, Fürst Günther dankte Allen, die zur Errichtung des Denkmals beigetragen haben.

* **Darmstadt**, 12. October. (Telegramm.) Das russische Kaiserpaar, die großherzoglichen Herrschaften, der Erbprinz von Sachsen-Coburg und Gotha und die Prinzessin Aribert von Anhalt sind heute Vormittag 11½ Uhr nach Cronberg abgereist.

* **Wiesbaden**, 12. October. (Telegramm.) Der russische Minister des Aeußeren Graf Murawjew ist hier eingetroffen.

W. **Stuttgart**, 11. October. Für die am 24. October hier stattfindende Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Partei ist folgende Tagesordnung bestimmt: 1) Die Verfassungsrevision (Berichterstatter: Landtagsabgeordneter Reichsgerichtsrath a. D. v. Geß); 2) Das Ortsvorstehergesetz (Landtagsabgeordneter Sachs); 3) Die Reichstagswahl von 1898; 4) Organisation und Presse. — Das Schwurgericht zu Ulm verurtheilte vor einigen Tagen den Landbriefträger Rupp wegen Unterschlagungen im Amte zu 1 Jahr Gefängniß. Rupp hatte eine Anzahl Postanweisungen gefälscht. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß der Angeklagte ein Jahresgehalt von nur 350 ℳ nebst freier Kleidung bezog. Der Abg. Haußmann wird hoffentlich nicht verfehlen, diese Besoldung eines württembergischen Postbeamten mit der bei der Reichspost üblichen zu vergleichen.

* **München**, 11. October. Zur Militairstrafproceßordnung schreibt die „Allg. Ztg.":

„In norddeutschen Blättern wird immer lebhafter der Vorwurf erhoben, daß Bayern die Reform der Militairstrafproceßordnung verhindere und, kommt diese nicht zu Stande, die alleinige Schuld trage. Welche Anschauung man nun auch immer über die staatsrechtliche Frage, ob Bayern bezüglich des obersten Gerichtshofs eine Reservatrecht zustehe oder nicht, einnehmen mag, jedenfalls werden ernsthafte Politiker nicht darüber im Zweifel sein, daß dieser Punct nicht den eigentlichen Stein des Anstoßes bilden kann und daß die Ursache, warum Fürst Hohenlohe die Vorlage nicht einbringt, in anderen Schwierigkeiten liegen muß. Man treibt aber mit dem Versuch, Bayern zum Sündenbock zu machen, ein gefährliches Spiel. Erst in unserer letzten Nummer haben wir die Angriffe, wie sie in der bayerischen Abgeordnetenkammer gegen Preußen und das Reich gemacht worden sind, gebührend gekennzeichnet und dabei im Voraus gegen die etwa außerhalb Bayerns auftauchende Annahme protestirt, als ob die Aeußerungen in der Kammer die Stimmung Bayerns wiedergegeben hätten. In gleicher Weise müssen wir aber jene gegen Bayern erhobenen, thatsächlich unbegründeten Vorwürfe zurückweisen. So rosig ist die Stimmung in und außerhalb Bayerns denn doch nicht, daß es klug wäre, sie noch weiter zu verschlechtern und auf die Mühle des ärgsten Particularismus neues Wasser zu leiten. Wie willkommen diesem solche unerwartete Hilfe ist, wird ja wohl eine Debatte in der bayerischen Kammer, wie sie wahrscheinlich wenigstens beim Militairetat bevorsteht, mit unangenehmster Deutlichkeit zeigen, wenn nicht vorher über den wahren Stand der Angelegenheit authentische Aufklärung erfolgt."

Oesterreich-Ungarn.

Katholische Volkspartei.

* **Wien**, 12. October. (Telegramm.) In seiner gestrigen Linzer Rede sagte Dipauli unter Anderem über das Verhältniß zur Regierung: Die Partei könne der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen; diese habe bisher eine unglückliche Hand bewiesen und nicht einmal Ordnung im Parlamente zu schaffen vermocht. Da könne die Partei keine Lust anwandeln, Regierungspartei zu werden. (Große Heiterkeit.)

Aus den Parlamenten.

* **Wien**, 12. October. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Die Regierung bringt eine Vorlage ein, welche die Wirksamkeit des Gesetzes über die Beitragsleistungen zu dem Aufwande für die gemeinsamen Angelegenheiten, ferner das mit Ungarn bestehende Zoll- und Handels-Bündniß, sowie endlich das Privilegium der Oesterreichisch-Ungarischen Bank bis zum 31. December 1898 verlängert. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Verhandlung über den Gesetzentwurf, betr. die Unterstützungen aus Staatsmitteln, anläßlich der elementaren Ereignisse fortgesetzt. Der Vertreter der Regierung hob hervor, die Regierung sei sich vollauf der Nothwendigkeit bewußt, eine Regulirung der Flüsse vorzunehmen. Bei der Hilfsaction sei die Mitwirkung der Länder erforderlich. Die Action zur Linderung des Nothstandes, die von der Regierung unverzüglich unternommen sei, stehe in keinem Zusammenhange mit politischen Fragen.

* **Pest**, 12. October. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident v. Banffy beantwortete heute die Interpellation Kossuth in der Angelegenheit der griechisch-türkischen Friedensverhandlungen und der orientalischen Frage. Der Ministerpräsident führte aus, er habe damals, als die Interpellation gestellt wurde, es nicht für angezeigt erachtet, dieselbe sofort zu beantworten; als er dann in die Lage gekommen sei, die gewünschten Aufklärungen zu geben, sei das Haus vertagt gewesen, so daß die Beantwortung erst heute erfolgen könne. Er müsse heute auf jene Thatsachen verweisen, die allgemein bekannt seien, und aus denen man folgern könne, daß die Großmächte stets bestrebt gewesen seien, den Frieden wieder herzustellen. Nur der Eintracht des europäischen Concerts sei es zu verdanken, daß die Friedenspräliminarien hätten einmüthig festgestellt werden können. Was die kretische Frage betreffe, so seien die Großmächte bemüht, jenen Grundprincipien, die bereits festgestellt seien, und die mit der Aufrechterhaltung der Oberhoheit des Sultans der Insel eine gewisse Autonomie sichern wolle, sobald als möglich Geltung zu verschaffen. Schließlich stellte der Ministerpräsident fest, daß die Großmächte sich nicht mehr mit der Ernennung Rums Drag' zum Gouverneur der Insel beschäftigten. Die Antwort wurde vom Hause zur Kenntniß genommen.

* **Pest**, 12. October. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident legte die Berichte der Quotendeputationen auf den Tisch des Hauses nieder und brachte eine Vorlage, betreffend das Ausgleichsprovisorium, sowie einen Gesetzentwurf über die Verlängerung des finanziellen Uebereinkommens zwischen Ungarn und Kroatien ein.

Frankreich.

Méline's Rede; Der neue algerische Statthalter; Vaticanisches.

* **Paris**, 12. October. (Telegramm.) Während alle gemäßigten Blätter ausnahmslos Méline's Rede warm loben, sprechen die radicalen und socialistischen sich natürlich über sie äußerst mißbilligend aus. „Petit Républ." sagt: „Die jüngsten Ministerreden sind nur die Aufwärmung der Gemeinplätze, die vor einem halben Jahrhundert von den Ministern der zweiten Republik als Vorspeise des Staatsstreiches aufgetischt wurden. Das rothe Gespenst, die Unfähigkeit des Parlaments, die Unfruchtbarkeit seiner Arbeit, die Nutzlosigkeit der Anfragen und Reden, all das ist aufgefrischtes, hergerichtetes wörtlich abgeschriebenes Altneues, das die jungen Minister in den Reden der alten Vorgänger gefunden haben." Guesde weissagt einem Ausfrager, die Socialisten würden bei den nächsten Wahlen 1 800 000 Stimmen bekommen und hundert Mann hoch in die Kammer einziehen. — Polizeipräfect Lépine verabschiedete sich gestern vom Pariser Stadtrath, um sein algerisches Statthalteramt anzutreten. Der Stadtrathsvorsitzende feierte unter einmüthigem Beifall Lépine's Verdienste und wünschte ihm gleichen Erfolg in Algerien. Dies ist seit vielen Jahren der erste Fall, daß Präfect und Stadtvertretung in solcher Liebe von einander scheiden. Bischof Carmène machte einem mehrjährigen Streit mit der Regierung ein Ende, indem er freiwillig auf sein Bisthum Lamartinque verzichtete. Von Carmène angerufen, hatte der Papst für ihn Partei genommen, was indeß die Regierung nicht verhinderte, ihm das Gehalt zu sperren und die Rückkehr nach der Insel zu verbieten. (Voss. Ztg.)

Beringmeer-Frage; Korea.

* **Paris**, 12. October. (Privattelegramm.) Der „Politique coloniale" zufolge ist Rußland durch die Haltung Englands in der Beringmeer-Frage mißtrauisch gemacht. Man sei einem Complot auf die Spur gekommen, durch welches die Unabhängigkeit Koreas bedroht sei. Rußland habe das Complot vereitelt, indem es die Unabhängigkeit Koreas unter den Schutz Rußlands, Chinas und anderer Mächte stellte.

Schweiz.

Krankenversicherung.

* **Bern**, 12. October. (Telegramm.) Der Nationalrath nahm in der Schlußabstimmung das Gesetz über die Krankenversicherung mit 101 gegen 9 Stimmen bei 9 Stimmenenthaltungen an.

Italien.

Steuer-Krawalle.

* **Rom**, 12. October. (Telegramm.) Das Aussehen der Stadt am heutigen Tage ist wieder das gewöhnliche. Der gestern getödtete Aufrührer ist ein 17jähriger Mann Namens Lambert Ghezzi. Während der letzten Nacht wurden 35 Personen festgenommen, die verdächtigt werden, an den Ausschreitungen theilgenommen zu haben.

Großbritannien.

Achtstundentag.

* **London**, 11. October. Die Delegirtenconferenz der vereinigten Schiffbauwerke, die heute in Carlisle zusammentrat, um darüber zu beschließen, was zu thun sei, nachdem vorige Woche die Besitzer der Londoner Schiffsreparaturwerfte ihren Kesselschmieden angekündigt haben, daß der Achtstundentag abgeschafft und der Neunstundentag wieder eingeführt würde, ernannte heute eine Commission, die sich an das Handelsamt wenden und dieses um Vermittelung in dieser Sache ersuchen soll. (Mgdb. Ztg.)

Orient.

Finanzcontrole; Kreta.

* **Athen**, 12. October. (Telegramm.) Der Ministerrath genehmigte einstimmig den Finanzcontrolplan des Finanzministers Streit.

* **London**, 12. October. (Telegramm.) Nach einer Wiener Meldung des „Daily Telegraph" fand der französische Vorschlag wegen Ernennung einer Militairperson aus einem neutralen Staate zum Gouverneur von Kreta die Billigung Deutschlands; Frankreich schlage für den Posten den belgischen Major Witte vor, der sich im Congostaat auszeichnete. Voraussichtlich würden alle Mächte diesen Candidaten einstimmig wählen. (Mgdb. Ztg.)

Finanzminister von Streit.

* Zu unseren den „Dresdner Nachrichten" entnommenen biographischen Notizen über den neuen griechischen Finanzminister von Streit wird uns von geschätzter Seite geschrieben: Was dort von dem Finanzminister gesagt wird, bezieht sich zum Theil nicht auf ihn, sondern auf seinen Sohn. Der letztere, Georg von Streit, hat Ostern 1887 im Alter von 18½ Jahren am Königlichen Gymnasium in Leipzig die Reifeprüfung bestanden und dann auch in Leipzig studirt; er ist jetzt also 29 Jahre alt, mithin dürfte die Angabe, daß sein Vater „jetzt wenig mehr als 30 Jahre alt" sei, falsch sein. Wie diese Angabe so bezieht sich auf den Sohn des Finanzministers auch die weitere Mittheilung, daß Herr von Streit Rechtsanwalt in Athen sei und sich um die olympischen Spiele verdient gemacht habe.

(Fortsetzung des Textes in der 1. Beilage.)

Bei der Gesammtauflage der vorliegenden Nummer befindet sich eine Sonderbeilage von Herrn **Richard Nößger**, Specialgeschäft für Damen- und Kinder-Confection in Leipzig, Universitätsstraße 8 (Große Feuerkugel). Es sei an dieser Stelle auf die Sonderbeilage noch besonders hingewiesen.

Auer Gasglühlicht.
Fernspr. 1998. Centralhalle.
Geo. Schneider Nachf.
Auer Glühkörper M. 1.—.

Bureau Debet & Credit (Bohndorff & Co.) Leipzig,
gegr. 1877, Schletterstrasse 3,
erth. Auskünfte üb. Firm. od. Privatpers. d. In- u. Ausl.; besorgt tlicht. Ag. u. solv. Adr. all. Branch., sow. Einz. v. Geld. u. g. Bed. f. Ref. a. all. Pl.

Bei **Nieren- und Blasenleiden, Harngries** und **Gicht**, bei **Catarrhen** der **Athmungs-** und **Verdauungs-Organe** wird von ärztl. Autoritäten
die Lithion-Quelle
Salvator
mit ausgezeichnetem Erfolge empfohlen.
Harntreibende Wirkung!
Angenehmer Geschmack! Leichte Verdaulichkeit!
Käuflich in Mineralwassergeschäften, eventuell bei der Salvator-Quellendirection in Eperies.

Für Thierfreunde, weil jeden durch Berührung von Thieren entstehenden Geruch sofort entfernt, zu empfehlen **Pflanzenfaser-Seife „Boro-Ubrigin"**, Hausseife 10 ₰, Toil.-Seife 25 ₰, Extrat. 40 und 75 ₰, haben in allen besseren Handlungen, wenn nicht erhältlich, verlangen „Ubrigin", Berlin NW. 52, Alt-Moabit 133. **General-Depot: Oscar Prehn „Zur Flora".**

Patente Gebrauchsmuster, Waarenzeichen in allen Ländern gut und schnell durch das
Patentbureau **SACK** LEIPZIG Brühl 2. Tel. 682

Gasglühlicht „Ideal"
A. L. 2274. W. & R. Goebel, Promenadestr. 2, Ecke Fleischerplatz.
Compl. Gas-Glühl.-Apparate ℳ 3 p. Stück
Prima Glühkörper | **Mk. 1** p. Stck.
transportable (in der Tasche zu tragen)
Wiederverkäufer Rabatt.
Gaskronen, Lyren 2c. in großer Auswahl.